

# Raus aus dem Teufelskreis

42 Brennpunktschulen im Bezirk sollen gezielt gefördert werden

**Neukölln.** Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus will Schulen in sozial schwachen Gebieten mit zusätzlich 15 Millionen Euro jährlich unterstützen.

Kein anderer Bezirk steht so schlecht da bei den Schulabschlüssen und beim Abitur wie Neukölln. Weil das so ist, fordert man hier schon seit Jahren mehr Förderung vom Land für die zahlreichen Schüler aus sozial schwierigen Verhältnissen. Auch auf Initiative des Neuköllner Abgeordneten Joschka Langenbrinck hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nun ein Programm auf den Weg gebracht, das diesen Bedürf-

nissen entsprechen soll. Brennpunktschulen erhalten die gezielte Förderung ab 2014. Davon profitieren 207 Schulen in Berlin, 42 davon in Neukölln.

Einziges Kriterium für die Höhe der jährlichen Zuwendungen ist die Lernmittel-Befreiung (LMB) von Schülern, deren Eltern Transferleistungen beziehen und die keine eigenen Schulbücher kaufen müssen. Je 100 000 Euro erhalten demnach 20 Schulen im Bezirk, weil mehr als 75 Prozent ihrer Schülerschaft von der Lernmittelzuzahlung befreit sind. Darüber hinaus werden auch Schulen mit 50 000 Euro gefördert, die eine LMB-Befreiung von

mehr als 50 Prozent haben und die überdies vom „Abrutschen“ in einem sozial problematischen Gebiet bedroht sind. Das sind weitere 22 Schulen. Davon liegen 14 Einrichtungen in einem „Aktionsraum plus“, einem sozial besonders belasteten Gebiet. Diese erhalten jährlich 62 500 Euro.

Die Schulen können diese Sondermittel frei verwenden, beispielsweise für zusätzliche Sozialarbeiter, nicht aber für Baukosten: „Vor Ort weiß man am besten, was gebraucht wird. Das Geld muss aber in die Köpfe fließen, wir wollen die Schüler aus dem Teufelskreis heraus holen“, sagt Langenbrinck.

Vernetzungen zwischen Schulen und gemeinsam geplante Ausgaben sind möglich und gern gesehen. Die Effekte des Programms sollen wissenschaftlich evaluiert werden. Ab dem dritten Jahr soll ein Teil der Mittel in Abhängigkeit von der Erfüllung von schulspezifischen Zielvorgaben ausgezahlt werden. „Wir werden das Programm nachhaltig und erfolgsorientiert anlegen. Es ist kein Not-, sondern ein Mut-Programm“, unterstreicht Langenbrinck. Auch Schulstadträtin Franziska Giffey (SPD) zeigt sich zufrieden: „Endlich hat man uns erhört und nimmt unsere Forderungen ernst“, so die Stadträtin. **syri**